## Inhalt

Einleitung	1
Erstes Kapitel Die Bedeutung der Unschuldsvermutung für die Verfahrensbeendigung durch Freispruch	5
I. Das nach der Abschaffung des Freispruchs mangels Beweises in kostenrechtlicher Hinsicht verbleibende Problem	5
II. Der Inhalt der Unschuldsvermutung bei Verfahrensbeendigung durch Freispruch.  1. Formulierungen des Gedankens der Unschuldsvermutung	9 12 14 21 29
III. Konsequenzen aus dem Verstoß gegen die Unschuldsvermutung für die Verfahrensbeendigung durch Freispruch	37 37 40
sprochenen  a) Die Fortsetzung der Beweisaufnahme zum Zwecke des Unschuldsnachweises  b) Unschuldsbestätigung im Freispruch  aa) Das Bundesverfassungsgericht zur qualitativen Unterscheidung von Freisprüchen  bb) Der Freispruch in der nationalsozialistischen Theorie des Strafverfah-	40 41 42
rens	43 45 50
3. Voraussetzungen für die Wirksamkeit der Unschuldsvermutung nach Freisprüchen	52 52 53
durch Freisprüche mangels Beweises  aa) Möglichkeiten nach geltendem Recht  bb) Möglichkeiten de lege ferenda  d) Die vorsorgliche Verhinderung von Verletzungen der Unschuldsvermutung durch die Freispruchsgründe	54 54 58 61
\ IV. Überprüfung des Ergebnisses am Zweck des Strafverfahrens	73
V. Zusammenfassung des Ersten Kapitels	77



Zweites Kapitel Die Bedeutung der Unschuldsvermutung für die Verfahrensbeendigung durch Einstellung	79
I. Die Vereinbarkeit einer nicht verurteilenden Entscheidung neben dem Freispruch	
mit der Unschuldsvermutung	79
1. Die Einstellung des Verfahrens nach geltendem Recht	79
2. Zur Entwicklung der Verfahrensbeendigung durch Einstellung	80
3. Die Minderwertigkeit der Einstellung gegenüber der Freisprechung	85
4. Die Einstellung des Verfahrens als legitime Form der Verfahrensbeendigung?	91
II. Die Ausgestaltung der Einstellung unter Berücksichtigung der Unschuldsvermu-	
tung	94
1. Die Ausgestaltung der Einstellungsentscheidung selbst	95
a) Die Einstellung wegen Fehlens einer Prozestvoraussetzung	96
aa) Das Fehlen der Prozeßvoraussetzung als Gegenstand der Einstellungs-	0/
begründungbb) Die Vereinbarkeit der Prozeßentscheidung »Einstellung« mit der	96
Unschuldsvermutung	100
cc) Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen die Unschuldsvermutung in Ein-	
stellungsbegründungen	
b) Die Einstellung aus Opportunitätsgründen	
aa) Die Problemlage hinsichtlich der Unschuldsvermutung	
bb) Die Minderwertigkeit der Einstellung wegen geringer Schuld	
dd) Einstellungen in der Rechtsprechung der Straßburger Menschenrechts-	100
organe	111
ee) Einstellungen aus Opportunitätsgründen als Prozeßentscheidungen	
/ff) Rechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Unschuldsvermutung	
durch Einstellungsentscheidungen	119
2. Die Ausgestaltung der Annexentscheidungen zur Einstellung	
a) Die Problematik von Annexentscheidungen mit Schulderwägungen	120
b) Die Begründung der Annexentscheidungen mit der Einstellung	121
c) Hochwahrscheinliche oder feststehende Schuld als Begründung negativer	
Annexentscheidungen	
d) Die gesetzliche Neuregelung des Kosten- und Entschädigungsrechts	
/ e) Der Anwendungsberich der §§ 467 III, 2 Nr. 2, IV StPO, 3, 6 I 2 StrEG	
(f) Kein gesetzlicher Nachweis der Schuld in Annexentscheidungen	129
g) Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Neuregelung der Annexentscheidungen	127
9	
/ III. Zusammenfassung des Zweiten Kapitels	135
Literature	127